

Sie finden umseitig eine Einladung zu Aktionen an vier Tagen. Wir beschreiben dort, um was es uns geht. Vielleicht denken Sie: Warum bitte so etwas in Zeiten, in denen andere Themen doch viel wichtiger sind? Die Frage ist berechtigt – und würden wir abzuwägen haben, ob wir unsere Zeit und Kraft in die Abwehr der Corona-Gefährdung oder in andere politische Ziele stecken, so würden auch wir im Moment wichtiger finden, Menschen vor Ansteckungen zu schützen oder auf andere Art zu unterstützen. Aber: Diese Abwägung ist weder nötig noch möglich. Das Wichtigste im Schutz vor Corona ist ein konsequentes, ansteckungsvermeidendes Verhalten – also vor allem die Abstandsregelungen, Hygienebeachtung und Vermeidung von größeren Treffen, bei denen die Abstände unterschritten oder gemeinsame Sachen genutzt werden. Das alles muss in den Alltag eingebaut werden. Es kostet aber nicht viel Zeit, sondern vor allem Aufmerksamkeit. Stattdessen ist es so, dass viele Menschen mehr Zeit haben als sonst. Warum sollten also in solchen Phasen politische Aktivitäten ruhen? Die stören doch nicht bei der Corona-Bekämpfung!

Zudem empfinden wir, dass vieles, was geschieht, eher Menschen gefährdet als schützt. Die üble Situation an den EU-Außengrenzen, die großen Lager dort mit vielen Schikanen, die Schließung von Drogen- und Obdachlosenhilfe und der Abbau sozialer Infrastruktur sind Politiken, die Ansteckungsgefahren eher erhöhen. Wir wollen auch nicht, wie aus der Politik immer wieder angekündigt wird, zur Normalität zurückkehren. Denn „normal“ sind auf dieser Welt, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, dass alle 1,5 Sekunden ein Kind an Hunger stirbt. „Normal“ sind Tote an Grenzen und durch Kriege, Sozialabbau und mehr. Wir, die wir auch zum Thema Verkehrswende aktiv sind, halten auch die 1,35 Mio. Tote direkt durch Unfälle und weitere Millionen durch die Luftbelastungen nicht für „normal“. Wir haben zudem viele Studien und Texte zum Zusammenhang von Luftverschmutzung und Corona-Toten gelesen. Es entsetzt uns, dass Regierende zum Autofahren aufrufen, obwohl offensichtlich ist, dass das vermutlich etliche Todesfälle mitverursacht hat. Wir wollen jetzt dafür eintreten, dass nach Corona eine andere Art des Lebens normal ist. Es muss möglich sein, für eine andere Welt öffentlich einzutreten statt erstarrt zu warten, bis Corona-Tote abnehmen und das andere Morden wieder millionenfach weitergeht oder anfängt.

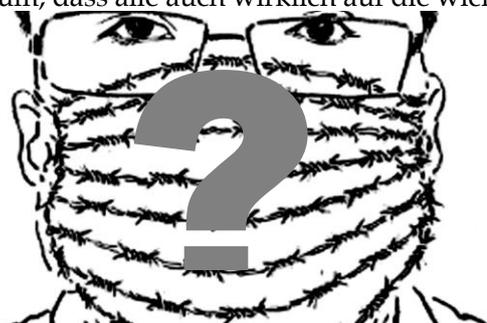
Es ruft keine Gefahren hervor, wenn wir Aktionen machen oder demonstrieren – und dabei auf die genannten Vorsichtsmaßnahmen achten. Das ist uns auch wichtig. Wenn nun Demonstrieren in Hessen im Moment verboten wird, scheint uns eher daran zu liegen, dass Politiker*innen die allgemeine Angst ausnutzen, um gleich das mit zu erledigen, was sie nervt. Sie verstoßen damit sehr eindeutig gegen das Grundgesetz – aber selbst das scheint kaum jemanden zu stören. In der Gießener Allgemeinen wurde der Professor für Öffentliches Recht und Rechtstheorie, Franz Reimer, interviewt. Eine fachkompetentere Person dürfte in Gießen kaum zu finden sein. Er sagte: „Die politischen Grundrechte - wie die Versammlungsfreiheit - sind von eminenter Bedeutung, gerade in Krisenzeiten. Das Bundesverfassungsgericht hat immer wieder den hohen Rang der Versammlungsfreiheit betont. Ich halte daher "coronakompatible" Versammlungen für rechtlich grundsätzlich möglich, sogar unter der Geltung der dritten Coronaverordnung.“

Das ist völlig eindeutig – und unfassbar, dass die Stadt Gießen meint, einfach die Verfassung nicht mehr beachten zu müssen. Wohlgedenkt: Die Verfassung. Noch unverständlicher, dass manche Politiker*in oder Redakteur*in dem auch noch applaudiert – oder sogar fordert, wir sollten die Klappe halten. Das sind stark undemokratische Tendenzen, die hier unter dem Deckmantel des (wichtigen!) Corona-Schutzes noch mit untergejubelt werden.

Unsere Einladung zu einem gemeinsamen Demonstrieren, die Sie umseitig finden, soll genau auch dieses Verhalten der Stadt Gießen kritisieren. Wenn Menschenrechte an den Grenzen und Grundrechte hier im Land mit Füßen getreten werden, wenn soziale Einrichtungen wie das Gesundheitssystem oder Obdachlosenhilfe geschwächt werden, dann müssen wir mutig sein und – eben die Klappe aufmachen.

Wir werden gegen das Demonstrationsverbot klagen – diesmal rechtzeitig. Wir hoffen und gehen davon aus, dass uns die höheren Gerichte Recht geben. Dann hoffen wir, dass viele kommen und Ihr Anliegen mit vorbringen. Wir freuen uns darauf – und bitten sehr darum, dass alle auch wirklich auf die wichtigen Schutzregeln vor Corona achten. Aber das sollte doch selbstverständlich sein. Wir kämpfen für das Leben!

Einige Aktive aus politischen Gruppen in und Gießen

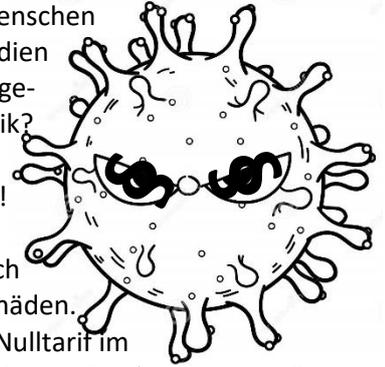


Gesundheit stärken statt Grundrechte schwächen – Schutz vor Viren, nicht vor Menschen!

In Deutschland dürfen Menschen, die nicht zusammen wohnen, außerhalb ihres Arbeitsplatzes nur zu zweit zusammen sein. An den EU-Grenzen werden dagegen bis zu 20.000 auf engstem Raum zusammengepfercht und (weitgehend) sich selbst überlassen. Tafeln und Drogenhilfestellen sind geschlossen, die Börsen arbeiten weiter. Wer vor Krieg flieht, wird beschossen. Wen die Wirtschaft braucht, darf einreisen (und fliegt dann wieder raus). Um vor Corona zu schützen, werden selbst Demonstrationen verboten, die alle Auflagen z.B. Mindestabstände zwischen Menschen einhalten. Aber Autoverkehr und Kohlekraftwerke, deren Luftbelastung nach aktuellen Studien das Risiko des Sterbens durch Coronainfektion deutlich zu erhöhen scheinen, bleiben unangestastet. Grundrechte werden ausgeschaltet, Profitinteressen bleiben. Wem nützt diese Politik?

Wir fordern zur sofortigen Umsetzung mindestens für die Dauer der Corona-Pandemie:

- Grenzen öffnen und flüchtende Menschen in corona-sichere Lebenssituationen bringen!
- Große Teile des Straßennetzes für Autos sperren und als Fahrradstraßen einrichten oder für Fußgänger*innen freigeben. Die meisten Fuß- und Radwege sind zu eng, um sich im Sicherheitsabstand zu begegnen. Außerdem fördert die Luftbelastung die Corona-Schäden.
- Menschen sozial absichern statt Firmen pampern: Bedingungsloses Grundeinkommen, Nulltarif im ÖPNV und Recht auf Wohnung einführen! Rüstungsausgaben auf Null setzen – soziale Dienste & Infrastruktur stärken!



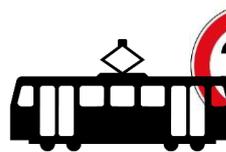
Nach Corona: Aus den Erfahrungen mit diesen Maßnahmen eine langfristige, wirksame Politik für die Stärkung sozialer Berufe und Dienste, für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für eine Verkehrswende und den Klimaschutz entwickeln.

Macht mit: Kreative Straßenaktionen vom 14.-17.4., für eine sozial-ökologische Wende in Gießen

Treffpunkt an jedem der vier Tage um 14 Uhr am Berliner Platz. Von dort in einem bunten Umzug durch die Stadt – in Abständen, wie sie die Corona-Verordnungen vorschreiben!

Freitag, 17. April ab 14 Uhr: Großer gemeinsamer Abschluss – Fridays for Grundrechte!!!

Auch nach dem 17.4. werden wir dranbleiben. Macht mit – eine andere Welt ist möglich!



Vier Tage mit viel Zeit und Raum für Eure Ideen:

- Lauft, radelt oder skatet mit in unseren bunten Umzügen. Wir treffen uns auf dem Berliner Platz und markieren dort mit Kreide für jede Person (oder Familie/WG, die zusammen agieren darf) einen Platz. Auf diesem könnt Ihr – im vorgeschriebenen Abstand zur Nachbarfläche – mit Theater, Musik, Kreidemalen usw. kreativ tätig sein. Bringt Schilder oder anderen Kram mit, damit wir eine bunte Menge werden, die dann von dort aus die Straßen erobert. Auf diesen demonstrieren wir dann für offene Grenzen, für den Shutdown von Autoverkehr und Kohlekraft, für eine Stärkung des Gesundheitssystems und aller sozialen Einrichtungen, für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Wohnrecht und Nulltarif, gegen Milliarden für Rüstung und Großkonzerne. Jede*r macht anschließend auf der eigenen Fläche die eigenen Aktionen weiter. Zudem sind Gehezeuge und ein rollender Haltestellen-Nachbau vorhanden – alles corona-kompatibel, sicher und legal.
- Mit uns rollen Lastenräder und Hänger mit Soundsystemen. Über die könnt Ihr eure Botschaften und Redebeiträge loswerden. Auch das geht ansteckungsfrei: Ruft uns an unter 01577-2894811 – und wir übertragen euer Statement während der Demo auf unseren Lautsprecher! Oder überträgt eine Sprachnachricht vorher an diese Nummer (auch per telegram möglich).
- Sollte die Versammlung verboten werden, können wir trotzdem agieren – aber alle für sich allein oder als Familie/WG. Ihr könnt dann einfach mit eurer Aktionsidee losgehen und in der Stadt eure Schilder zeigen, mit Kreide malen, Lieder singen ... aber haltet zu anderen immer den 2m-Abstand ein.
- Ach ja: Bringt bitte pro Person ein Stoffbändchen und einen Stift mit.

Werdet Teil der Verkehrswende Gießen!

Dieser Aufruf stammt von Verkehrswende-Aktivistin aus Gießen und Umgebung. Die meisten von uns sind auch in anderen politischen Themen unterwegs und betonen stets, dass dieses System aus Profitdenken und autoritärer Machtausübung im Land und noch mehr an seinen Grenzen nach einer großen, sozialen und ökologischen Wende schreit.

- Organisiert Euch!
- Werdet Teil von politischem Protest und dem Aufbau neuer Ideen!

Die Verkehrswende-Initiativen in und um Gießen sind eine Möglichkeit, aktiv zu werden. Wir freuen uns auch dort auf Euch!

www.giessen-autofrei.tk ++ 2035null.de

www.wiesektal.tk ... und ganz aktuell:

- Seit 6. April läuft unsere Unterschriftensammlung zum Bürger*innenantrag für die RegioTram. Unterschreibt auf openpetition.de/!hvqyf und sammelt Unterschriften (Listen zum Download auf der www.giessen-autofrei.tk)!

Kontakt: Projektwerkstatt, 06401-903283
saasen@projektwerkstatt.de (V.i.S.d.P.: Jörg Bergstedt)